

Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire
Band: 14 (2007)
Heft: 1: Histoire des partis politiques en Suisse = Geschichte der politischen Parteien der Schweiz

Artikel: Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz : von den Splitterparteien zur Volkspartei
Autor: Skenderovic, Damir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-31835>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz

Von den Splitterparteien zur Volkspartei

Damir Skenderovic

Schweizer Parteien sind in der internationalen Rechtspopulismusforschung bisher nur wenig beachtet worden.¹ Dies hängt damit zusammen, dass die Parteienforschung bislang von der Annahme ausging, die Rahmenbedingungen für rechtspopulistische Mobilisierungen seien in der Schweiz eher ungünstig. Dabei wurde vor allem auf die hemmende Wirkung der politischen Institutionen und Kultur, aber auch auf eine fehlende Tradition von Bewegungen am rechten politischen Rand in der Schweizer Geschichte hingewiesen.² Die These eines Sonderfalls Schweiz widerspiegelt sich auch in der Benennung der Parteien. So wird von der «Überfremdungsbewegung» gesprochen und die «neue» Schweizerische Volkspartei (SVP) als «nationalkonservative Partei» bezeichnet.³ Beide Begriffe werden in der vergleichenden Parteienforschung nicht verwendet, was dazu führt, dass die Schweizer Parteien selten als Mitglieder der transnationalen rechtspopulistischen Parteienfamilie gesehen werden.

Wendet man jedoch Konzepte und Erklärungsansätze der komparativen Rechtspopulismusforschung an, so kann gezeigt werden, dass die Untersuchung der Schweizer Parteien der letzten 40 Jahre trotz – oder gerade wegen – einiger spezifischer Aspekte des politischen Systems zu aufschlussreichen Erkenntnissen führt. Aus historischer Perspektive nimmt die Schweiz aufgrund der in den 1960er-Jahren aufkommenden rechtspopulistischen Parteien eine Vorläuferrolle in Westeuropa ein. Ausser Frankreich mit der Poujade-Bewegung der 1950er-Jahre gab es nach dem Zweiten Weltkrieg in keinem Land so früh Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums, die sich nicht direkt auf faschistische Vorbilder beriefen. Seither haben in der Schweiz sieben verschiedene Parteien des rechtspopulistischen Lagers den Einzug ins nationale Parlament geschafft, mehr als in jedem anderen westeuropäischen Land. Hinzu kommt, dass seit Ende der 1980er-Jahre, in einer Phase, in der die meisten Länder in Europa einen rechtspopulistischen Aufschwung erlebten, die Schweiz mit der «neuen» SVP über eine der wählerstärksten rechtspopulistischen Parteien verfügt, die überdies an der Regierungskoalition beteiligt ist.

Strategie, Ideologie und Struktur rechtspopulistischer Parteien

Der Begriff «Populismus» enthält sowohl strategische als auch ideologische Dimensionen. Lange Zeit hielt sich in der Forschung die Auffassung, dass «Populismus» in erster Linie bestimmte Politikformen und Strategien politischer Bewegungen bezeichne. Als Merkmale einer populistischen Strategie gelten der Appell an das «Volk» und ans «Wir-Gefühl», der Protest gegen die Elite, die Verwendung einfacher Erklärungs- und Lösungsmuster für komplexe Sachverhalte sowie emotionale Kampagnen und demagogische Rhetorik.⁴ Das Konzept des «Populismus» erfasst jedoch auch ideologische Dimensionen, also nicht nur die Art und Weise, wie Ideologie vermittelt wird, sondern auch die Inhalte der Ideologie. Charakteristisch für Populismus ist ein manichäisches Welt- und Gesellschaftsbild, das die Gesellschaft in zwei homogene und antagonistische Gruppen aufteilt, das «wahre Volk» und die «unredliche Elite», und betont, dass Politik der Ausdruck einer *volonté générale* sein sollte. Damit steht Populismus im Widerstreit mit pluralistischen Auffassungen, die von einer heterogenen, aus unterschiedlichen Gruppen, Individuen und Interessen bestehenden Gesellschaft ausgehen.⁵ Zudem verbindet sich in der Ideologie des Populismus das emotional aufgeladene und symbolisch stilisierte Bild des «Volkes» mit der Vorstellung eines klar ein- und abgrenzbaren *heartland* und *homeland*.⁶

Dieses Verständnis der eigenen Gemeinschaft kommt besonders in der Ideologie rechtspopulistischer Bewegungen zum Ausdruck, in welcher sich «der anti-pluralistische populistische Bezug auf ein normativ idealisiertes und homogenisiertes <Volk> nicht nur auf einer innengerichteten vertikalen Dimension plebiszitär und antielitär gegen die <korrumperte> Elite (gegen <die oben>) richtet, sondern zudem explizit auf der *horizontalen Ebene* auch nach aussen».⁷ Auf dieser horizontalen Ebene unterscheiden sich rechtspopulistische Akteure von linken Bewegungen durch ihr grundsätzlich anti-egalitäres Gesellschaftsbild und von konservativen Bewegungen durch ihre Betonung des «kulturell Anderen», der nicht zum «eigenen Volk» gehöre.⁸ Da es sich beim Rechtspopulismus ausserdem um eine *thin-centred ideology* handelt, wird er meist um zusätzliche ideologische Versatzstücke erweitert.⁹ Auf der Basis der Annahme einer natürlichen Ungleichheit sind es vor allem exklusionistische Ideologieelemente wie Nationalismus, (Neo-)Rassismus und Xenophobie, die im Rechtspopulismus bestimmend sind. Ausgedrückt wird dieser Exklusionismus insbesondere in einer Identitätspolitik, einem Hauptmerkmal zeitgenössischer rechtspopulistischer Parteien, die einerseits auf die Stärkung der eigenen kollektiven Identität abzielt, andererseits eine Ausgrenzung jener betreibt, die nicht zur eigenen Gemeinschaft gehören.¹⁰

nationalen Gemeinschaft und die absolute Loyalität gegenüber der Nation den bestimmenden Referenzrahmen für das Handeln in Politik und Gesellschaft. Dabei dienen gemeinsame kulturelle Werte und historische Erfahrungen als Grundlage der *imagined community*. Dieser kulturell begründete Nationalismus verbindet sich meist mit einem politischen Nationalismus, der staatlich-institutionelle Aspekte des politischen Systems und der politischen Kultur als Beweise für die Einzigartigkeit der eigenen Nation hervorhebt.¹¹ In der Ideologie rechtspopulistischer Bewegungen widerspiegeln sich auch diskursive und inhaltliche Veränderungen im Mainstream-Rassismus, der sich im Nachkriegseuropa zusehends zu einem «Rassismus ohne Rassen» gewandelt hat und als «Neorassismus» oder «differenzialistischer Rassismus» bezeichnet wird.¹² Mit diesem Wandel vom klassischen, hierarchisch und biologisch argumentierenden Rassismus zum neuen Rassismus, der mit symmetrischen und egalitären Prämissen operiert, wurde die Forderung nach Verschiedenheit und Abgrenzung sowie nach dem «Recht auf kulturelle Differenz» zum Bestandteil rechtspopulistischer Rhetorik. Dabei wird von der Vorstellung einer naturbedingten Differenz zwischen den Kulturen ausgegangen und ein essentialistisches Kulturverständnis vertreten, in dem kulturelle Charakteristika als dauerhafte und deterministische Unterscheidungsmerkmale zwischen Menschen und Gruppen gelten. So findet eine Naturalisierung kultureller Unterschiede statt, die letztlich dem Biologismus des klassischen Rassismus ähnlich ist und eine Diskriminierung aufgrund vermeintlich biologisch vererbter Merkmale zur Folge hat.¹³ Die von rechtspopulistischen Akteuren vertretene Xenophobie geht ebenfalls von der kulturellen Verschiedenheit aus. Mit diesem Begriff wird die exklusionistische Programmatik und Strategie von politischen Akteuren erfasst, die Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung zu schüren suchen, um sie dann für eigene politische Ziele im Parteienwettbewerb zu nutzen.¹⁴

Auch strukturell und organisatorisch weisen rechtspopulistische Parteien spezifische Merkmale auf. Auffallend ist, dass ein Grossteil der rechtspopulistischen Parteien von einer starken Leaderfigur geführt wird, deren charismatische Eigenschaften, rhetorisches Talent und populäres Auftreten wichtige Erfolgsbedingungen für die Parteien darstellen. Im Zeitalter der kommerzialisierten Massenmedien und personalisierten Politik sind diese Leaderfiguren für die erhöhte Präsenz der Partei im öffentlichen Raum verantwortlich, wo sie als Volkstribune und Verteidiger des «Volkswillens» auftreten und mit Tabubrüchen und Provokationen eine Polarisierung politischer Debatten anstreben. Mit dem Aufbau eines hierarchisch strukturierten Parteiapparats und einem autoritären Führungsstil festigen sie ihre Machtposition innerhalb der Parteiorganisation und schaffen damit strukturelle Voraussetzungen, um ihre politischen und strategischen Ziele effizient durchsetzen zu können. Gleichzeitig heben rechtspopulistische Parteien

den Bewegungskarakter hervor, um sich von den etablierten Parteien und ihren traditionellen Parteistrukturen abzugrenzen und mithilfe von Satellitenorganisationen, die parapolitische, kulturelle und intellektuelle Aktivitäten verfolgen, eine breite Mobilisierung der Bevölkerung zu erreichen.¹⁵

In Bezug auf die soziale Struktur und das Mobilisierungspotenzial rechtspopulistischer Parteien gehen Erklärungsansätze auf der Makroebene davon aus, dass gesellschaftlicher Wandel und sozioökonomische Krisen wichtige Rahmenbedingungen darstellen. Aus dieser Sicht haben Modernisierung und Individualisierung zu sozialer Desintegration, ökonomischer Marginalisierung und Erosion traditioneller Parteibindungen geführt und damit Voraussetzungen für rechtspopulistische Mobilisierungen geschaffen.¹⁶ Zu bedenken ist jedoch, dass die meisten westlichen Industriestaaten in den letzten Jahrzehnten diese Entwicklungen durchgemacht haben, aber sich nur in einigen Staaten wählerstarke rechtspopulistische Parteien zu etablieren vermochten. Zudem zeigen Wählerstudien, dass es schwierig ist, ein einheitliches Wählerprofil zu zeichnen: Einerseits werden diese Parteien vor allem von sogenannten Modernisierungsverlierern gewählt, und es ist eine «Proletarisierung» der Wählerschaft zu beobachten. Andererseits kommen Wählerinnen und Wähler rechtspopulistischer Parteien aber auch aus der gesellschaftlichen Mitte und sind weder von ihrem sozioökonomischen Status noch Bildungsgrad her benachteiligt.¹⁷

Drei Phasen des rechtspopulistischen Lagers in der Schweiz

Die Entwicklung des rechtspopulistischen Lagers in der Schweiz seit den 1960er-Jahren lässt sich in drei Phasen einteilen. Als Kriterien für die Phaseneinteilung dienen organisationsstrukturelle Veränderungen, die sich durch Gründung und Auflösung von Parteien, Änderungen in den Parteiführungen und elektorale Ergebnisse manifestierten.¹⁸ Die erste Phase von Anfang der 1960er-Jahre bis Mitte der 1980er-Jahre war durch die wechselhafte Entwicklung von vier Splitterparteien gekennzeichnet, die unter dem Begriff «Überfremdungsbewegung» subsumiert werden.¹⁹ Während sie in Nationalratswahlen zusammen nie über die Achtprozentmarke kamen, konnten sie in einzelnen kantonalen und kommunalen Wahlen beachtliche Erfolge verbuchen.²⁰ Ihre Programmatik konzentrierte sich vor allem auf Migrationsthemen, wobei sie aber auch bereits regelmässig die Zusammenarbeit der Schweiz in internationalen Organisationen problematisierten. Die organisatorischen Anfänge gehen auf die 1961 gegründete «Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat» (NA) zurück, die sich von einer Bürgeraktion zu einer relativ gut organisierten Kaderpartei entwickelte. Mit der Wahl von James Schwarzenbach, der ersten rechtspopulistischen Leaderfigur

der Nachkriegszeit, in den Nationalrat 1967 gelang der NA der politische Durchbruch.²¹ 1964 kam die Genfer *Vigilance* hinzu, die ursprünglich als kulturpolitisches Protestkomitee gegründet worden war. Während sie auf nationaler Ebene schon bald mit den anderen rechtspopulistischen Parteien eng zusammenarbeitete, vermochte sie sich auf lokaler Ebene bis Anfang der 1990er-Jahre als scharfe Kritikerin der etablierten Parteien zu halten.²²

Die Gründung der «Schweizerischen Republikanischen Bewegung» (SRB) durch Schwarzenbach im Jahr 1971 und der «Eidgenössisch-Demokratischen Union» (EDU) durch führende Mitglieder der NA und SRB im Jahr 1975 führte zu einer verstärkten Fragmentierung des rechtspopulistischen Parteienlagers. So konnten die Parteien ihre Hochphase 1970/71 («Schwarzenbach-Initiative» 1970: 46% Ja; Nationalratswahlen 1971: 7,5%, 11 Sitze) nicht weiter nutzen, obwohl sie noch mehrere Volksinitiativen zur Begrenzung des Ausländeranteils beziehungsweise der Einbürgerungen einreichten. Anfang der 1980er-Jahre feierte die NA jedoch ein erstaunliches Comeback und trug massgeblich zur damaligen Politisierung des Asylthemas bei. Die Partei verbuchte Wahlerfolge in mehreren Städten und Kantonen und erhielt in einigen Volksabstimmungen beträchtliche Unterstützung für ihre Anliegen (Revision des Ausländergesetzes 1982: 50,4% Nein; Initiative «gegen den Ausverkauf der Heimat» 1984: 48,9% Ja).

Die zweite Phase von Mitte der 1980er- bis Anfang der 1990er-Jahre war geprägt durch die Formierung neuer Parteien und die anhaltende Diversifikation des rechtspopulistischen Lagers.²³ Nach der Auflösung der SRB im Jahr 1989 wurde die Kontinuität der traditionellen rechtspopulistischen Parteien durch die NA gewährleistet, die 1990 ihren Namen in «Schweizer Demokraten» änderte und in Nationalratswahlen weiterhin auf eine kleine, aber relativ stabile Wählerschaft zählen konnte (1983: 2,9%; 1987: 2,5%; 1991: 3,4%). Während sich die EDU zusehends zu einer protestantisch-fundamentalistischen Partei entwickelte und ihren Schwerpunkt im Kanton Bern hatte, stellte sie ihre rechtspopulistische Orientierung in ihren migrationspolitischen Positionen und Angriffen gegen die politische Elite weiterhin unter Beweis.

Entscheidend für die zweite Phase war die Gründung zweier neuer Parteien, die im rechtspopulistischen Lager zusätzliche programmatische Akzente setzten, es aber beide nicht schafften, effiziente Parteiorganisationen aufzubauen. Die 1985 gegründete «Autopartei Schweiz» (APS) vertrat den neuen Typ einer rechtspopulistischen Partei, der eine neoliberale und anti-ökologische Agenda mit radikal exklusionistischen Forderungen in der Asylpolitik verband.²⁴ Die 1991 formierte *Lega dei Ticinesi* fiel durch ihre harsche Anti-Establishment-Rhetorik auf und betrieb eine regionalistisch orientierte Identitätspolitik.²⁵ In den Nationalratswahlen von 1991 kamen die vier Splitterparteien dank dem Durchbruch der APS auf 10,9% Wählerstimmen, mehr als je zuvor.

In der dritten Phase seit Beginn der 1990er-Jahre erlebte das rechtspopulistische Lager einen grundlegenden Wandel. Die «Schweizerische Volkspartei» (SVP) machte unter Führung der Zürcher Kantonalpartei und deren Parteipräsidenten Christoph Blocher eine programmatisch-ideologische Radikalisierung, strategische Neuorientierung und strukturelle Transformation durch, so dass zu Recht von einer «neuen» SVP gesprochen werden kann.²⁶ Während sich anfänglich interne Widerstände gegen den rechtspopulistischen Kurs des sogenannten Zürcher Flügels regten, insbesondere von Seiten der «alten» SVP der Kantone Bern und Graubünden, verstummten diese Stimmen zusehends, nicht zuletzt angesichts der zahlreichen Wahlerfolge.²⁷ Der Zürcher Flügel konnte zudem auf die Unterstützung nicht nur verschiedener Satellitenorganisationen wie der mitgliederstarken «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS) zählen, sondern zusehends auch mit vor allem kulturell-diskursiv agierenden Zirkeln und Intellektuellen der Neuen Rechten in der Schweiz rechnen.²⁸

Nach über 50-jähriger Stagnation war es der SVP gelungen, ihren Anteil in den Nationalratswahlen seit Anfang der 1990er-Jahre mehr als zu verdoppeln (1991: 11,9%, 25 Sitze; 2003: 26,7%, 55 Sitze), und im Dezember 2003 wurde mit Christoph Blocher ein zweiter SVP-Bundesrat gewählt.²⁹ Während die rechtspopulistischen Splitterparteien ihren Wähleranteil zunächst noch halten konnten, wobei die 1994 in «Freiheits-Partei Schweiz» (FPS) umbenannte APS in kantonalen Wahlen sogar zulegte, wurden sie in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre zusehends von der SVP verdrängt. Nachdem die Führungsriege der FPS grossenteils zur SVP übergetreten war, erfuhr die Partei einen eigentlichen Einbruch in den Nationalratswahlen von 1999. Auch die SD und die Lega erlitten zum Teil erhebliche Verluste in kantonalen und eidgenössischen Wahlen, so dass das rechtspopulistische Lager um die Jahrtausendwende mit der Dominanz der SVP erstmals ein hohes Mass an parteipolitischer Kohäsion aufwies.³⁰

Ideologie der Aus- und Abgrenzung

Die ausgrenzende Ideologie und die Identitätspolitik der rechtspopulistischen Parteien kamen in den Positionen zu verschiedenen Migrationsthemen am deutlichsten zum Ausdruck. Seit den 1960er-Jahren stellten die Parteien Einwanderung sowie Einwanderinnen und Einwanderer als Bedrohung für die nationale Gemeinschaft und Identität dar. Während sie eine Identifizierung und Exklusion jener betrieben, die nicht dazugehören, forderten sie gleichzeitig eine bevorzugte Behandlung der Mitglieder der eigenen Gemeinschaft und bemühten sich um die Stärkung der eigenen kollektiven Identität.³¹ Indem die rechtspopulistischen Parteien zudem Migration kontinuierlich mit verschiedenen gesellschaftlichen

Problemen (Arbeitslosigkeit, Überbevölkerung, Wohnungsnot, Kriminalität usw.) in Verbindung brachten, verfolgten sie die Strategie, Ängste und Ressentiments gegenüber Migrantinnen und Migranten in der Bevölkerung zu evozieren.³² Die Antiimmigrationskampagnen sind auf dem Hintergrund des sogenannten Überfremdungsdiskurses zu sehen, der eine wichtige diskursive und kulturelle Gelegenheitsstruktur für die schweizerischen rechtspopulistischen Parteien darstellte.³³ Der Begriff «Überfremdung» bestimmte in der Schweiz seit Anfang des 20. Jahrhunderts massgeblich die Wahrnehmung von «Fremden» und den Umgang mit ihnen und weist so eine für Europa einmalige Kontinuität auf. Mit diesem Identitätsdiskurs «ermöglichte das Reden über <die Fremden> eine Selbstbestimmung ex negativo», und er «diente als eines der Instrumente der nationalen Homogenisierung».³⁴ In den 1960er-Jahren erfuhr der «Überfremdungsdiskurs» eine Revitalisierung, zu der auch staatliche Behörden und weite Teile der Sozialdemokratie und Gewerkschaften beitrugen. Während sozialdemokratische und gewerkschaftliche Kreise vor allem arbeitsmarktpolitisch argumentierten und auf negative Folgen der Immigration für die schweizerische Arbeiterschaft hinwiesen, warnten die Behörden vor den Auswirkungen auf die nationale Kohäsion und sprachen von einer akuten «Überfremdungsgefahr».³⁵ Von den rechtspopulistischen Parteien wurde die demografisch, ökonomisch, politisch und kulturell argumentierende «Überfremdungsthese» in der Folge variabel gegen verschiedene Migrationsgruppen eingesetzt. Während in den 1960er- und 70er-Jahren sogenannte Gastarbeiter aus südeuropäischen Ländern davon betroffen waren, ging es seit Anfang der 1980er-Jahre vor allem um Asyl Suchende und Flüchtlinge aus Asien, Afrika, der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien.³⁶ Im Zuge der Umorientierung von der Ausländer- zur Asyl- und Flüchtlingspolitik in den 1980er-Jahren wandten rechtspopulistische Parteien zusehends die für neorassistische Diskurse kennzeichnenden kulturell-differenzialistischen Argumente an, wobei sie bisweilen kulturelle Merkmale mit dem Hinweis auf einen vermeintlichen biologischen Ursprung naturalisierten und sich so nahe am klassischen Rassismus bewegten.³⁷ Den Anfang machte die NA, die in ihrem Programm von 1979 forderte, dass die Schweiz nur Flüchtlinge aus dem «eigenen Kulturkreis» aufnehmen solle.³⁸ In den 1990er-Jahren übernahm die «neue» SVP weitgehend diese Argumentation, wenn sie vor allem Einwanderinnen und Einwanderern aus südost- und aussereuropäischen Ländern die Bereitschaft oder gar die Fähigkeit absprach, sich in die schweizerische Gesellschaft integrieren zu können.³⁹ Insbesondere im Zusammenhang mit muslimischer Immigration wurde regelmässig auf die Unvereinbarkeit kultureller und religiöser Identitäten hingewiesen und vor kulturellen Konflikten gewarnt.⁴⁰ Auch in den Debatten zur aussenpolitischen Öffnung der Schweiz operierten die rechtspopulistischen Parteien mit Bedrohungsszenarien und warnten davor, dass

der «Sonderfall Schweiz» mit Eigenheiten wie Neutralität, direkter Demokratie und dem Zusammenleben von vier Sprachgruppen als organisch gewachsenes Fundament der nationalen Gemeinschaft von aussen bedroht werde. In ihren nationalistischen Kampagnen vermischten sie Referenzen auf politisch-institutionelle Grundlagen einer Schweiz als Willens- und Staatsnation mit historisch-kulturellen Argumenten, die sich auf geschichtliche Mythen, kulturelle Besonderheiten und Mentalitätsmerkmale stützten.⁴¹ Oft diente der gegen innen aufgebaute exklusionistische «Überfremdungsdiskurs» dazu, eine gegen aussen orientierte Abgrenzungspolitik zu legitimieren. So sprach Christoph Blocher 1995 in der *Neuen Zürcher Zeitung* davon, dass im Falle eines EU-Beitrittes der Schweiz und «durch die Öffnung der Grenzen für Personen die Überfremdung und die Arbeitslosigkeit zunehmen».⁴² Als in der Debatte über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg der Mythos von der zum Widerstand entschlossenen Schicksalsgemeinschaft zu bröckeln begann, waren es die rechtspopulistischen Parteien, die sich an vorderster Front gegen eine Revision des «Sonderfall»-Geschichtsbilds wehrten und wiederum eine Bedrohung von aussen beschworen, diesmal mit antisemitischen Untertönen versetzt.⁴³

Die rechtspopulistischen Parteien hatten nicht nur auf der horizontalen Ebene, also gegen aussen, sondern auch auf der vertikalen Ebene, also gegen oben, genaue Vorstellungen, wer zum «Volk» gehöre beziehungsweise wer die Interessen des «Volkes» vertrete. In Anlehnung an Carl Schmitts Freund-Feind-Dichotomie diente ihnen die populistische Konstruktion des Antagonismus zwischen «Elite» und «Volk» dazu, in der pluralistischen und von partikularistischen Interessen geprägten Gesellschaft klare Grenzziehungen anzubieten und so eine Polarisierung oder gar Feindschaft zwischen zwei verschiedenen, vermeintlich klar eingrenz- baren Gruppen heraufzubeschwören.⁴⁴ Es klaffe – wie es James Schwarzenbach 1973 formulierte – «zwischen Volk und Behörde, von zu unterst bis zu oberst ein tiefer Graben», und deshalb würden «in unserem Parlament Interessenvertreter als Volksvertreter sitzen».⁴⁵ Wie politische Kampagnen der rechtspopulistischen Parteien seit den 1960er-Jahren zeigen, wurde diese Anti-Establishment-Strategie und -Rhetorik flexibel in Debatten zu unterschiedlichen Themen eingesetzt, von der Migrationspolitik und internationalen Integration über Regierungsreformen zu geschichtspolitischen Kontroversen.

Die Bedeutung der politischen Akteure und ihrer Ressourcen

Die Entwicklung des rechtspopulistischen Parteienlagers in der Schweiz relativiert die Aussagekraft von Erklärungsansätzen, die sich auf sozioökonomische Krisentheorien stützen und Aspekte der Nachfrage-Seite in den Vordergrund

stellen.⁴⁶ Die rechtspopulistischen Parteien erlebten ihre Hochphase Anfang der 1970er-Jahre, als die Schweiz noch nicht von der wirtschaftlichen Rezession heimgesucht worden war und die Arbeitslosenquote praktisch gleich null war. Verschiedene Wählerstudien für die Schweiz zeigen zudem, dass es keineswegs nur sogenannte Modernisierungsverlierer oder wirtschaftlich Benachteiligte waren, die Anfang der 1970er-Jahre der NA beziehungsweise der SRB oder in den 1990er-Jahren der «neuen» SVP ihre Stimmen gaben.⁴⁷ Angesichts des beschränkten Erklärungspotenzials auf der Nachfrageseite ist es notwendig, den Schwerpunkt auf die Angebotsseite zu setzen und dabei zunächst den Blick auf die politischen Akteure zu werfen, um sie dann im Kontext spezifischer Gelegenheitsstrukturen zu erfassen.

Die politischen Akteure spielen eine herausragende Rolle, da sie nicht nur die Thematisierung und Perzeption von gesellschaftlichen Problemen, Konflikten und Krisen massgeblich prägen, sondern auch Antworten und Lösungsstrategien präsentieren. Mit der Evozierung und Politisierung von bestimmten *issues* in öffentlichen Debatten und den Interventionen in politischen Prozessen betreiben sie ein *agenda setting*, das sich nachhaltig auf die Wahrnehmung von Konfliktlinien und Problemlagen in Gesellschaft und Politik auswirkt. So hat zum Beispiel die «neue» SVP mit ihren identitätspolitischen Diskursen in Debatten zur Europäischen Integration und Migration entscheidend zur in den 1990er-Jahren zunehmend zu beobachtenden, neuen «Öffnung versus Abgrenzung»-Konfliktlinie beigetragen.⁴⁸

Um Mobilisierungsfähigkeit und Erfolge rechtspopulistischer Parteien zu erfassen, ist es deshalb zentral, den Fokus auf deren Ressourcen und Programmatik zu legen. In der Schweiz korrelierten die beiden bisherigen Erfolgphasen rechtspopulistischer Parteien mit der Präsenz zweier starker, populärer Leaderfiguren: zum einen James Schwarzenbach, der 1971 mit dem landesweit zweitbesten Resultat in den Nationalrat wiedergewählt wurde und als einer der ersten Schweizer Politiker das aufkommende Fernsehen zu nutzen wusste; zum andern Christoph Blocher, der in den 1990er-Jahren zur dominierenden Figur der verstärkt mediatisierten Schweizer Politik avancierte und dann zum einflussreichsten Mitglied im Bundesratsgremium wurde. Wie Wahlstudien zeigen, ist der sogenannte Blocher-Effekt, das heisst die Sympathie für Christoph Blocher, ein zentraler Erklärungsgrund für das Wahlverhalten von SVP-Anhängerinnen und -Anhängern.⁴⁹ Obwohl Unterschiede in Biografie und Auftreten der beiden Schweizer Rechtspopulisten bestehen, bilden Volksnähe, autoritärer Führungsstil, charismatische Eigenschaften und Weltanschauung gemeinsame Merkmale. Beide hatten auch bedeutende finanzielle Mittel zur Verfügung, James Schwarzenbach als Spross einer bekannten Zürcher Industriellenfamilie und Christoph Blocher als erfolgreicher Unternehmer.

Ein weiterer entscheidender Faktor für die Mobilisierung der rechtspopulistischen Parteien in der Schweiz waren die organisatorischen Strukturen und die interne Kohäsion, wobei hier die «neue» SVP im Vergleich zu den Splitterparteien bedeutend bessere Voraussetzungen besass. Diese waren alles Neugründungen und operierten entweder als Kaderparteien (NA/SD, Vigilance, EDU) oder verfügten über schwache Organisationsstrukturen (SRB, APS/FPS, Lega). Die Splitterparteien wurden zudem laufend durch Führungskämpfe, ideologische Streitigkeiten und Parteispaltungen geschwächt. Hingegen konnte die «neue» SVP, die sich in der Tradition einer «Volkspartei» sah, auf bestehende Parteistrukturen und eine feste Wählerschaft zurückgreifen. Es gelang ihr zudem in den 1990er-Jahren, die Parteiorganisation massiv auszubauen, die Kampagnenführung und das politische Marketing zu professionalisieren sowie eine interne Homogenisierung zu erreichen. Für ihre politischen Kampagnen verfügte die «neue» SVP über bedeutend mehr finanzielle Mittel als die übrigen Schweizer Parteien.⁵⁰

Programmatisch und wahlpolitisch konnte die «neue» SVP diese interne Kohäsion in die Anwendung der *winning formula* umsetzen, wie sie auch von einigen der neuen rechtspopulistischen Parteien Westeuropas verwendet wird, um verschiedene Wählersegmente anzusprechen.⁵¹ Dabei verband die SVP nationalistische und identitätspolitische Positionen in Debatten zur Migrations- und Europapolitik mit einer neoliberalen Wirtschafts- und Steuerpolitik. Der Neoliberalismus fand zum einen Unterstützung von Seiten eines erstarkten Wirtschaftsflügels innerhalb der SVP, der sich vehement für das Credo einer freien Marktwirtschaft einsetzte und dem Staat in den meisten Bereichen eine Nachwächterrolle zusprach. Zum anderen hing die «neoliberale Wende» der SVP in den 1990er-Jahren mit der populistischen Anti-Establishment-Haltung und Staatskritik zusammen, die von der Vorstellung der neuen SVP-Führungsspitze getragen wurde, dass Machtpositionen in Staat und öffentlicher Verwaltung durch Vertreter der Linken und Neuen Linken besetzt seien.⁵² Hier zeigten sich die weitreichenden Einflüsse der intellektuellen Neuen Rechten, die seit Ende der 1960er-Jahre als Gegenbewegung zur 1968er-Generation mit ihrer egalitär-emanzipatorischen Agenda auftrat. Im Gegensatz zur SVP waren die rechtspopulistischen Splitterparteien durch programmatische Fragmentierung gekennzeichnet, wobei die exklusionistische Kernideologie als Grundkonstante bestehen blieb. Daneben gab es «ideologische Spezialisierungen», wie die EDU mit ihrer religiös-fundamentalistischen Ausrichtung, die Lega mit ihrem regionalistischen Schwerpunkt und die APS/FPS mit ihrer Anti-Ökologie-Agenda zeigen.

Die Offenheit des politischen Systems

Wie in der Forschungsliteratur betont wird, hängen die Erfolgchancen rechtspopulistischer Parteien entscheidend von der «Offenheit» des politischen Systems ab. Im Vordergrund steht die Frage, welche politisch-institutionellen Gelegenheitsstrukturen die Formierung und Konsolidierung rechtspopulistischer Parteien begünstigen.⁵³ Für die Schweiz sind zunächst der Föderalismus und seine Auswirkungen auf das Parteiensystem zu erwähnen.⁵⁴ Der Föderalismus trug bei den rechtspopulistischen Splitterparteien zwar zur Fragmentierung bei, so dass diese oft Mühe hatten, nationale Parteistrukturen aufzubauen und eine innere Kohäsion herzustellen. Doch er erlaubte es ihnen auch, wie die Beispiele der *Vigilance*, der EDU und der *Lega dei Ticinesi* zeigen, ihre beschränkten organisatorischen Ressourcen und elektoralen Anstrengungen auf die kantonale oder lokale Ebene zu konzentrieren. Indem sie dort eine strukturelle Konsolidierung erreichten, konnten sie dann auf nationaler Ebene mit den anderen Parteien des rechtspopulistischen Lagers in verschiedenen Formen (Initiativen, Referenden, Parlamentsfraktionen) zusammenarbeiten. Für die Splitterparteien war auch das durch den Föderalismus geprägte Proporzsystem in Nationalratswahlen von Vorteil, denn ihre Kandidaten und Kandidatinnen hatten in Kantonen mit hohem Bevölkerungsanteil wie Zürich, Bern, Basel-Stadt, Genf und Waadt, wo die Prozenzhürden entsprechend tief waren, gute Chancen, gewählt zu werden.

Für die SVP spielte die föderalistische Struktur ebenfalls eine wichtige Rolle, sowohl als Grundlage für den Transformationsprozess der 1990er-Jahre als auch als Rahmenbedingung für die Stärkung der «neuen» SVP im Parteienwettbewerb. Angesichts der dezentralen Struktur der nationalen Parteien in der Schweiz verfügen kantonale Parteisektionen über ein hohes Mass an Autonomie und können sogar auf nationaler Ebene eine starke Position einnehmen.⁵⁵ Dies erlaubte es der Zürcher Kantonalpartei, seit Ende der 1970er-Jahre ungehindert eine effiziente Parteiorganisation aufzubauen und eine programmatische Radikalisierung durchzuführen, die dann in den 1990er-Jahren als Vorbilder für die «neue» SVP dienten.⁵⁶ Zudem war die Gründung von zwölf neuen Kantonalparteien zwischen 1991 und 2001, die grossteils die rechtspopulistische Agenda inkorporierten, entscheidend für die Machtübernahme des Zürcher Flügels in der nationalen Partei, was sich unter anderem in der Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse in der Delegiertenversammlung zeigte. Hinzu kommt, dass im Vergleich zu anderen Parteiensystemen die Schweizer Parteien wegen ihrer föderalistischen Struktur über relativ schwache nationale organisatorische Strukturen verfügen und einen tiefen Institutionalisierungsgrad aufweisen.⁵⁷ In diesem Bereich gelang es der SVP in den 1990er-Jahren, sich entscheidende Vorteile gegenüber den anderen Grossparteien zu verschaffen, indem sie eine effiziente nationale Parteiorganisation

aufbaute und mit der Vereinheitlichung der Agenda und der politischen Arbeit eine für die Schweiz aussergewöhnliche Nationalisierung der Partei erreichte.⁵⁸ Das System der direkten Demokratie trug ebenfalls zur «Offenheit» des politischen Systems gegenüber rechtspopulistischen Parteien bei. Grundsätzlich sehen solche Parteien die direkte Demokratie als ideales politisches System, da sie den Vermittlungsformen repräsentativer konstitutioneller Demokratie misstrauen. Aus ihrer Sicht ist eine direktdemokratische Entscheidung nicht nur die einzig wirkliche Willenskundgebung des «souveränen Volkes» und somit der unmissverständliche Ausdruck der *volonté générale*, sondern auch ein klarer Mehrheitsentscheid, der nicht auf ausgehandelten Kompromissen der Eliten basiert.⁵⁹ In der Schweiz nutzten die rechtspopulistischen Parteien die institutionelle Gelegenheitsstruktur der direkten Demokratie rege. Zwischen den 1960er-Jahren und 2006 reichten sie auf eidgenössischer Ebene 15 Volksinitiativen ein und brachten 13 Referenden zustande.

Direktdemokratische Aktivitäten sind aber auch Mobilisierungsmomente, die entscheidend zur Identität und zum Zusammenhalt der Partei beitragen, was vor allem für die rechtspopulistischen Splitterparteien mit ihren relativ schwachen Parteiorganisationen und dem kleinen Kreis von Parteiaktivisten wichtig war.⁶⁰ Sie nutzten die Instrumente der direkten Demokratie zudem, um bestimmte *issues* zu thematisieren und ihre Anliegen in weiten Teilen der Bevölkerung bekanntzumachen, aber auch um ein *agenda setting* zu betreiben beziehungsweise Druck auf politische Entscheidungsprozesse auszuüben. Als bemerkenswertes Beispiel für die Bedeutung und Wirkung direktdemokratischer Interventionen gilt die «Schwarzenbach-Initiative», die 1970 einen der heftigsten Abstimmungskämpfe der Nachkriegszeit ausgelöst hatte und bei einer Stimmbeteiligung von 74,7%, der höchsten seit 1947, knapp abgelehnt wurde (54% Neinstimmen).⁶¹ Die Initiative stellte einen Wendepunkt in der schweizerischen Zuwanderungspolitik dar, da sie dazu beitrug, dass der Bundesrat von der eher liberalen Rotations- zur restriktiveren Stabilisationspolitik überging. Die kurz darauf folgenden Initiativen der rechtspopulistischen Parteien erleichterten es den Behörden zudem, während der Wirtschaftsrezession Mitte der 1970er-Jahre den Ausländeranteil in der Schweiz zu reduzieren.⁶² Schliesslich gelang es den Splitterparteien auch, mehrmals erfolgreich vom Vetorecht des fakultativen Referendums Gebrauch zu machen, so zum Beispiel als die NA 1982 die Revision des Ausländergesetzes oder die Lega 1994 zusammen mit der SD die Beteiligung von Schweizer Truppen an UNO-Friedensmissionen verhinderten.

Auch für die Entwicklung der SVP in den 1990er-Jahren erwies sich die direkte Demokratie als bedeutsame Opportunitätsstruktur. Erstens wurde sie von der Zürcher SVP Anfang der 1990er-Jahre genutzt, um ihren Einfluss in der nationalen SVP zu verstärken und ein *agenda setting* auf nationaler Ebene zu betreiben. Die

Initiative «Gegen die illegale Einwanderung», die erste eidgenössische Volksinitiative in der Geschichte der SVP, wurde 1992 erst nach massivem Druck der Zürcher Kantonalpartei lanciert und setzte für die folgenden Jahre das Asylthema auf die politische Agenda der nationalen SVP.⁶³ Zweitens nahm die SVP Volksabstimmungen immer wieder als Gelegenheit wahr, um ihre Oppositionsrolle im Parteisystem zu untermauern und gleichzeitig die *classe politique* zu desavouieren. Wie zum Beispiel die Kampagnen gegen den EWR-Beitritt (1992) oder zu den beiden SVP-Initiativen «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds – Goldinitiative» (2002) und «Gegen Asylrechtsmissbrauch» (2002) verdeutlichten, ging es der SVP darum, sich als einzige vertrauenswürdige Vertreterin des «Volkes» und vehemente Kritikerin des politischen Establishments zu präsentieren.

Wie zahlreiche Autoren betonen, haben rechtspopulistische Parteien höhere Erfolgchancen, wenn die etablierten Parteien zur Mitte hin tendieren und in breit abgestützten Koalitionsregierungen zusammenarbeiten. Dies öffnet den politischen Raum am rechten Rand und gibt rechtspopulistischen Parteien die Möglichkeit, eine Delegitimierungsstrategie gegen Regierung und Mainstream-Parteien zu verfolgen.⁶⁴ Auch diese Gelegenheitsstruktur besteht in ausgeprägter Form in der Schweiz mit der *consociational democracy*,⁶⁵ die ihren nachhaltigen Niederschlag in der «Zauberformel» fand, die von 1959 bis zur Wahl von Christoph Blocher 2003 Bestand hatte und zu einer der stabilsten Regierungskoalitionen der Welt beitrug. Von Seiten der rechtspopulistischen Splitterparteien, aber auch der «neuen» SVP gerieten das Konkordanzsystem und insbesondere die Regierungskoalition immer wieder unter Beschuss, und in jüngsten Wahlen und Volksabstimmungen zeigte sich, dass für SVP-Wähler und Befürworter ihrer Anliegen die Unzufriedenheit mit dem Bundesrat ein überaus wichtiges Entscheidungsmotiv war.⁶⁶

Von der partiellen Demarkation zur Integration

Schliesslich ist auch auf die Bedeutung des Umgangs der etablierten Parteien mit rechtspopulistischen Parteien hinzuweisen. Wie Untersuchungen in anderen westeuropäischen Ländern zeigen, sind Demarkations- oder Integrationsstrategie die beiden Hauptoptionen der etablierten Parteien, wobei hier zwischen einer inhaltlichen (Sachfragen) und strukturellen (Institutionen, Wahllisten) Ebene unterschieden wird. Die meisten Erfolgchancen und die grösste Wirkung weisen rechtspopulistische Parteien auf, wenn auf beiden Ebenen eine Integration stattfindet.⁶⁷ In der Schweiz wurden die rechtspopulistischen Splitterparteien von Beginn an als Paria-Parteien angesehen, obwohl es James Schwarzenbach gelungen war, sich «vom geschnittenen Aussenseiter im Parlament zu einem

der respektiertesten Politiker» zu mausern und so massgeblich zu den Abstimmungs- und Wahlerfolgen Anfang der 1970er-Jahre beizutragen.⁶⁸ Andererseits wandten die etablierten Parteien zeitweise auch eine Strategie der inhaltlichen Integration an, was nicht zuletzt mit der plebiszitären Bedeutung der direkten Demokratie zu tun hatte.

Der «neuen» SVP hingegen wurde aufgrund ihres «historischen Kapitals» als ehemaliger Bauern- und Bürgerpartei und langjähriger Bundesratspartei weitgehend mit einer Integrationsstrategie begegnet, was der Tradition des schweizerischen Konkordanzsystems entsprach und im Vergleich zu den rechtspopulistischen Splitterparteien einen entscheidenden Vorteil für die «neue» SVP darstellte. Auf der strukturellen Ebene zeigte sich dies in der Wahl von Christoph Blocher in den Bundesrat im Dezember 2003, auf der inhaltlichen mit den migrationspolitischen Konzessionen an die exklusionistische Agenda der «neuen» SVP.

Im Unterschied zu den meisten rechtspopulistischen Parteien Westeuropas hat sich die Teilnahme in der Regierungskoalition bisher keineswegs nachteilig auf die «neue» SVP ausgewirkt. Anders als zum Beispiel die «Freiheitliche Partei Österreichs» (FPÖ) wird die SVP nicht zermürbt von der Doppelrolle als Regierungs- und Oppositionspartei, als Teilhaberin an der politischen Macht und als populistische Kritikerin des politischen Establishments.⁶⁹ Hier zeigt sich die Bedeutung spezifischer Elemente des schweizerischen Regierungs- und Politsystems, in dem direkte Demokratie, relative Autonomie der Regierungsmitglieder und konsensuale politische Kultur institutionell eine integrative Wirkung zeitigen, aber auch zur Folge haben, dass sich in öffentlichen Debatten die Distanz von der politischen Mitte zum Rand verkürzt.

Anmerkungen

- 1 Ich danke Christina Späti vielmals für ihre Anregungen und kritische Bemerkungen. In diesen Beitrag sind Ergebnisse des Forschungsprojektes «Rechtspopulistische Parteien und Migrationspolitik in der Schweiz» eingeflossen, das im Rahmen des NFP 40+ vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert wird und als dessen Kollaborator ich fungiere.
- 2 Klaus Armingeon, «Der Schweizer Rechtsextremismus im internationalen Vergleich», *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 1 (1995), 41–64; Ludger Helms, «Rechtspopulismus in Österreich und der Schweiz im Vergleich», *Journal für Sozialforschung* 36 (1996), 23–42.
- 3 Siehe z. B. Claude Longchamp, «Die nationalkonservative Revolte in der Gestalt der SVP. Eine Analyse der Nationalratswahlen 1999 in der Schweiz», in Fritz Plasser, Peter A. Ulram, Franz Sommer (Hg.), *Das österreichische Wahlverhalten*, Wien 2000, 393–423; Gaetano Romano, «Die Überfremdungsbewegung als «Neue soziale Bewegung». Zur Kommerzialisierung, Oralisierung und Personalisierung massenmedialer Kommunikation in den 60er Jahren», in Mario König et al. (Hg.), *Dynamisierung und Umbau. Die Schweiz in den 60er und 70er Jahren*, Zürich 1998, 143–159.

- 4 Siehe z. B.: Armin Pfahl-Traugher, *Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa*, Bonn 1994; Urs Altermatt, *Das Fanal von Sarajevo. Ethnonationalismus in Europa*, Zürich 1996, 183–200; Pierre-André Taguieff, *L'illusion populiste. De l'archaïque au médiatique*, Paris 2002.
- 5 Cas Mudde, «The Populist Zeitgeist», *Government and Opposition* 39 (2004), 541–563, hier 543 f.
- 6 Paul Taggart, *Populism*, Buckingham 2000, 95–98.
- 7 Susanne Frölich-Steffen, Lars Rensmann, «Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der politikwissenschaftlichen Forschung», in Susanne Frölich-Steffen, Lars Rensmann (Hg.), *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*, Wien 2005, 3–34, hier 7, kursiv im Original.
- 8 Zu den grundlegenden Unterschieden zwischen «rechts» und «links» siehe Norberto Bobbio, *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*, Berlin 1994. Zur oft nicht einfachen Abgrenzung des Rechtspopulismus zum Konservatismus, siehe Frank Decker, *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*, Opladen 2000, 63–69.
- 9 Michael Freedon, «Is Nationalism a Distinct Ideology?», *Political Studies* 46 (1998), 744–763; siehe auch Mudde (wie Anm. 5), 544.
- 10 Hans-Georg Betz, «Contre la mondialisation: xénophobie, politiques identitaires et populisme d'exclusion en Europe occidentale», *Politique et Sociétés* 21 (2002), 9–28; Hans-Georg Betz, «Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung», *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 32 (2002), 251–264.
- 11 Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, überarb. u. erw. Aufl., London 1991; Craig Calhoun, *Nationalism*, Minneapolis 1997; Andreas Wimmer, *Nationalist Exclusion and Ethnic Conflict. Shadows of Modernity*, Cambridge 2002.
- 12 Martin Barker, *The New Racism. Conservatives and the Ideology of the Tribe*, London 1981; Etienne Balibar, «Gibt es einen «Neo-Rassismus»?», in Etienne Balibar, Immanuel Wallerstein, *Rasse – Klasse – Nation. Ambivalente Identitäten*, 2. Aufl., Hamburg 1992, 23–38; Pierre-André Taguieff, *Die Macht des Vorurteils. Der Rassismus und sein Double*, Hamburg 2000.
- 13 Pierre-André Taguieff, «Die ideologischen Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus», in Uli Bielefeld (Hg.), *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der Alten Welt?*, 2. Aufl., Hamburg 1992, 221–268; Urs Altermatt, Damir Skenderovic, «Kontinuität und Wandel des Rassismus. Begriffe und Debatten», *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 53 (2005), 773–790.
- 14 Verena Stolcke, «Talking Culture. New Boundaries, New Rhetorics of Exclusion in Europe», *Current Anthropology* 36 (1995), 1–24, hier 5 ff.; Michael Banton, «Xenophobia», in Ellis Cashmore (Hg.), *Dictionary of Race and Ethnic Relations*, 4. Aufl., London 1996, 382 f.
- 15 Paul Taggart, «New Populist Parties in Western Europe», *West European Politics* 18 (1995), 34–51; Yves Mény, Yves Surel, *Par le peuple, pour le peuple. Le populisme et les démocraties*, Paris 2000; Frank Decker, *Der neue Rechtspopulismus*, 2. überarb. Aufl., Opladen 2004.
- 16 Siehe z. B.: Hans-Georg Betz, *Radical Right-Wing Populism in Western Europe*, New York 1994; Hanspeter Kriesi, «Bewegungen auf der Linken, Bewegungen auf der Rechten: Die Mobilisierung von zwei neuen Typen von sozialen Bewegungen in ihrem politischen Kontext», *Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft* 1 (1995), 9–52.
- 17 Terri E. Givens, *Voting Radical Right in Western Europe*, New York 2005.
- 18 Damir Skenderovic, *The Radical Right in Switzerland. Continuity and Change, 1945–2000*, Oxford, erscheint demnächst. Zu den ersten beiden Phasen siehe auch Christopher T. Husbands, «Switzerland: Right-Wing and Xenophobic Parties, from Margin to Mainstream?», *Parliamentary Affairs* 53, 2000, 501–516.

- 19 Zu den Parteien der «Überfremdungsbewegung», siehe die älteren Studien: Kenneth John Pitterle, *The Limits of Interdependence: The Development of the Swiss New Right as an Oppositional Force to Switzerland's Regional and Global Interdependence*, Philadelphia 1980; Urs Altermatt, «Xenophobie und Superpatriotismus. Die populistische Anti-Überfremdungsbewegung in der Schweiz der sechziger und siebziger Jahre», *Faschismus in Österreich und international. Jahrbuch für Zeitgeschichte 1980/81*, hg. von der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, Wien 1982, 167–188. Siehe auch die neuere Darstellung von Thomas Buomberger, *Kampf gegen unerwünschte Fremde. Von James Schwarzenbach bis Christoph Blocher*, Zürich 2004.
- 20 Zum Beispiel avancierte die Vigilance in den Genfer Grossratswahlen von 1985 zur stärksten Partei, mit einem Wähleranteil von 19,0% und 19 Sitzen im 100-köpfigen Kantonsparlament.
- 21 Siehe die politische Biografie zu James Schwarzenbach von Isabel Drews, «*Schweizer erwache!*» *Der Rechtspopulist James Schwarzenbach (1967–1978)*, Frauenfeld 2005. Erwähnenswert ist, dass neben James Schwarzenbach später mit Walter Jäger-Stamm (NA) und Mario Soldini (Vigilance) zwei weitere ehemalige Mitglieder der Frontenbewegung der 1930er-Jahren in den Nationalrat gewählt wurden.
- 22 François Saint-Quen, «Vers une remontée du national-populisme en Suisse? Le cas des vigilants genevois», *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 26 (1986), 211–224.
- 23 Pierre Gentile, Hanspeter Kriesi, «Contemporary Radical-Right Parties in Switzerland: History of a Divided Family», in Hans-Georg Betz, Stefan Immerfall (Hg.), *The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies*, New York 1998, 125–141.
- 24 Urs Altermatt, Markus Furrer, «Die Autopartei: Protest für Freiheit, Wohlstand und das Auto», in Urs Altermatt et al., *Rechte und linke Fundamentalopposition. Studien zur Schweizer Politik 1965–1990*, Basel 1994, 135–153.
- 25 Oscar Mazzoleni, «Multi-Level Populism and Centre-Periphery Cleavage in Switzerland. The Case of the *Lega dei Ticinesi*», in Daniele Caramani, Yves Mény (Hg.), *Challenges to Consensual Politics. Democracy, Identity, and Populist Protest in the Alpine Region*, Brüssel 2005, 209–227.
- 26 Oscar Mazzoleni, *Nationalisme et populisme en Suisse. La radicalisation de la «nouvelle» UDC*, Lausanne 2003. Zur «neuen» SVP siehe auch Hans-Georg Betz, *La droite populiste en Europe. Extrême et démocrate?*, Paris 2004.
- 27 Wahlstudien zeigen bereits für die Nationalratswahlen 1995 ein weitgehend homogenes Bild der SVP-Wählerschaft in Bezug auf Einstellungen zu Themen wie EU-Beitritt, gleiche Chancen für Ausländer, Ruhe und Ordnung sowie Wahrung der Traditionen. Siehe Ulrich Klöti, «Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien», in Hanspeter Kriesi, Wolf Linder, Ulrich Klöti (Hg.), *Schweizer Wahlen 1995*, Bern 1998 (Swiss Electoral Studies, Bd. 2), 45–72, hier 60 ff.
- 28 Zur Entwicklung der intellektuellen Neuen Rechten in der Schweiz seit Ende der 1960er-Jahre siehe Skenderovic (wie Anm. 18).
- 29 Church, Clive H., «The Swiss Elections of October 2003: Two Steps to System Change?», *West European Politics* 27 (2004), 518–534.
- 30 Decker (wie Anm. 15), 85–96.
- 31 Oliver Geden, «Identitätsdiskurs und politische Macht: Die rechtspopulistische Mobilisierung von Ethnozentrismus im Spannungsfeld von Opposition und Regierung am Beispiel von FPÖ und SVP», in Susanne Frölich-Steffen, Lars Rensmann (Hg.), *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*, Wien 2005, 69–83; Hans-Georg Betz, «Exclusionary Populism in Austria, Italy, and Switzerland», *International Journal* 56 (2001), 393–420.
- 32 Siehe z. B. die Darstellung der Wahlkampagnen der SVP in verschiedenen Kantonen seit Mitte der 1990er-Jahre in Hanspeter Kriesi et al. (Hg.), *Der Aufstieg der SVP. Acht Kantone im Vergleich*, Zürich 2005.

- 33 Zur Bedeutung von diskursiven und kulturellen Opportunitätsstrukturen für die Mobilisierung rechtspopulistischer Akteure siehe Ruud Koopmans, Paul Statham, «Ethnic and Civic Conceptions of Nationhood and the Differential Success of the Extreme Right in Germany and Italy», in Marco Giugni, Doug McAdam, Charles Tilly (Hg.), *How Social Movements Matter*, Minneapolis 1999, 225–251.
- 34 Patrick Kury, *Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945*, Zürich 2003, 48.
- 35 Roland Misteli, Andreas Gisler, «Überfremdung. Karriere und Diffusion eines fremdenfeindlichen Deutungsmusters», in Kurt Imhof, Heinz Kleger, Gaetano Romano (Hg.), *Vom Kalten Krieg zur Kulturrevolution. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der 50er und 60er Jahre*, Zürich 1999, 95–120.
- 36 Damir Skenderovic, «Constructing Boundaries in a Multicultural Nation: The Discourse of «Overforeignization» in Switzerland», in Rainer Ohliger, Karen Schönwälder, Triadafilos Triadafilopoulos (Hg.), *European Encounters. Migrants, Migration and European Societies since 1945*, Aldershot 2003, 186–209.
- 37 Hans Fröhlich, Bernhard Müller, *Überfremdungsdiskurse und die Virulenz von Fremdenfeindlichkeit vor dem Hintergrund internationaler Migrationsbewegungen*, Zürich 1995.
- 38 Nationale Aktion, *Politisches Programm für die Legislaturperiode 1979–1983*, [1979]. In den 1980er-Jahren veröffentlichte das NA-Parteiorgan *Volk + Heimat* mehrere Beiträge, in denen offen ein klassischer, biologistisch und hierarchisch argumentierender Rassismus zum Ausdruck kam; siehe z. B. *Volk + Heimat*, Nr. 2, Februar 1983; Nr. 9, Juli/August 1983; Nr. 15, November/Dezember 1983; Nr. 5, April 1984; Nr. 11, August/September 1985.
- 39 Skenderovic (wie Anm. 36), 192 ff.; Michaël Girod, «L'Union démocratique du centre: les raisons d'un succès», in Pierre Blaise, Patrick Moreau (Hg.), *Extrême droite et national-populisme en Europe de l'Ouest. Analyse par pays et approches transversales*, Brüssel 2004, 413–442, hier 426 ff.
- 40 Damir Skenderovic, «Feindbild Muslime: Islamophobie in der radikalen Rechten», in Urs Altermatt, Mariano Delgado, Guido Vergauwen (Hg.), *Der Islam in Europa. Zwischen Weltpolitik und Alltag*, München, 79–95.
- 41 Damir Skenderovic, «Nation, Nationalismus und politische Parteien: Die Schweiz – keine Insel in Europa» in Csaba Szaló (Hg.), *On European Identity: Nationalism, Culture & History*, Brno 1998, 131–179.
- 42 *Neue Zürcher Zeitung*, 22. 6. 1995.
- 43 Peter Niggli, Jürg Frischknecht, *Rechte Seilschaften. Wie die «unheimlichen Patrioten» den Zusammenbruch des Kommunismus meisterten*, Zürich 1998, 423–461.
- 44 Lukas Zollinger, *Der Mittelstand am Rande. Christoph Blocher, das Volk und die Vorstädte*, Bern 2004.
- 45 *Der Republikaner*, 17. 8. 1973; zit. in: Drews (wie Anm. 21), 139.
- 46 Für einen Überblick der Erklärungstheorien auf der Nachfrage- und Angebotsseite, siehe Roger Eatwell, «Ten Theories of the Extreme Right», in Peter H. Merkl, Leonard Weinberg (Hg.), *Right-Wing Extremism in the Twenty-First Century*, 2. überarb. Aufl., London 2003, 47–73.
- 47 Peter Gilg, «Der Erfolg der neuen Rechtsgruppen in den Nationalratswahlen von 1971», *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 108 (1972), 591–622; Herbert Kitschelt, Anthony J. McGann, «Die Dynamik der schweizerischen Neuen Rechten in komparativer Perspektive: Die Alpenrepubliken», in Pascal Sciarini, Sibylle Hardmeier, Adrian Vatter (Hg.), *Schweizer Wahlen 1999*, Bern 2003 (Swiss Electoral Studies, Bd. 6), 183–216.
- 48 Zu dieser Konfliktlinie siehe Simon Hug, Pascal Sciarini (Hg.), *Changements de valeurs et nouveaux clivages politiques en Suisse*, Paris 2002.
- 49 Siehe Kriesi et al. (wie Anm. 32).
- 50 *Neue Zürcher Zeitung*, 22. 3. 2000.

- 51 Herbert Kitschelt (in Zusammenarbeit mit Anthony J. McGann), *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor 1995.
- 52 Siehe z. B. die Broschüre von Christoph Blocher, *Freiheit statt Sozialismus. Aufruf an die Sozialisten in allen Parteien*, 3. Aufl., Zürich [2000], oder den in Kampagnen verwendeten Ausdruck «die Linken und die <Netten>» (z. B. Inserat im *Tages Anzeiger*, 10. 11. 1993).
- 53 Siehe z. B. Michael Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland*, Opladen 1998, 58–67.
- 54 Hanspeter Kriesi, *Le système politique suisse*, Paris 1995; Andreas Ladner, «Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien», in Ulrich Klöti et al. (Hg.), *Handbuch der Schweizer Politik*, Zürich 1999, 213–259.
- 55 Andreas Ladner, *Stabilität und Wandel von Parteien und Parteiensystemen. Eine vergleichende Analyse von Konfliktlinien, Parteien und Parteiensystemen in den Schweizer Kantonen*, Wiesbaden 2004.
- 56 Zur Transformation der Zürcher SVP-Kantonalpartei siehe Hans Hartmann, Franz Horvath, *Zivilgesellschaft von rechts. Die Erfolgsstory der Zürcher SVP*, Zürich 1995.
- 57 Andreas Ladner, Michael Brändle, *Die Schweizer Parteien im Wandel. Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?*, Zürich 2001.
- 58 Oscar Mazzoleni, Damir Skenderovic, «The Rise and Impact of the Swiss People's Party: Challenging the Rules of Governance in Switzerland», in Pascal Delwit, Philippe Poirier (Hg.), *Les nouvelles droites et le pouvoir en Europe*, Brüssel, erscheint demnächst.
- 59 Margaret Canovan, «Taking Politics to the People: Populism as the Ideology of Democracy», in Yves Mény, Yves Surel (Hg.), *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke 2002, 25–44.
- 60 Zur Bedeutung der direkten Demokratie für Splitterparteien siehe Yannis Papadopoulos, «Quel rôle pour les petits partis dans la démocratie directe?», *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 31 (1991), 131–150.
- 61 Buomberger (wie Anm. 19), 131–172.
- 62 Zur Wirkung der damaligen Initiativen auf die Migrationspolitik siehe Hans Mahnig, Etienne Piguet, «Die Immigrationspolitik der Schweiz von 1948 bis 1998: Entwicklung und Auswirkungen», in Hans-Rudolf Wicker, Rosita Fibbi, Werner Haug (Hg.), *Migration und die Schweiz. Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Migration und interkulturelle Beziehungen»*, Zürich 2003, 65–108, hier 76–88.
- 63 Girod (wie Anm. 39), 428–431.
- 64 Siehe z. B. Kitschelt (wie Anm. 51).
- 65 Arend Lijphart, «Typologies of Democratic Systems», *Comparative Political Studies* 1 (1968), 3–44.
- 66 Dies zeigte sich exemplarisch in der EWR-Abstimmung. Siehe Hanspeter Kriesi et al., *Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 6. Dezember 1992*, Adliswil 1993 (VOX, Nr. 47).
- 67 Michael Minkenberg, «The Radical Right in Public Office: Agenda-Setting and Policy Effects», *West European Politics* 24 (2001), 1–21; Tim Bale, «Cinderella and Her Ugly Sisters: The Mainstream and Extreme Right in Europe's Bipolarising Party Systems», *West European Politics* 26 (2003), 67–90.
- 68 Buomberger (wie Anm. 19), 120.
- 69 Zu den Schwierigkeiten der FPÖ als Regierungspartei, siehe Reinhard Heinisch, «Success in Opposition – Failure in Government: Explaining the Performance of Right-Wing Populist Parties in Public Office», *West European Politics*, vol. 26 (2003), 91–130.

Résumé

Les formations populistes en Suisse: des partis minoritaires au parti du peuple

Si l'on définit le concept de «populisme» en retenant les deux dimensions que sont la stratégie et l'idéologie, les partis populistes de droite peuvent être caractérisés comme suit: d'un côté, ils recourent à une rhétorique de l'appel au «peuple» et déploient une stratégie «anti-establishment»; de l'autre, ce sont des partis à idéologie *thin-centered*, développant une vision du monde manichéenne qui distingue le «vrai peuple» d'une «élite malhonnête» tout en puisant dans un vocabulaire idéologique évoquant le nationalisme, le (néo)racisme ou la xénophobie.

Cette idéologie de l'exclusion se traduit dans ce qu'on peut appeler une «politique identitaire» constitutive des partis populistes de droite d'aujourd'hui. Depuis les années 1960, il existe en Suisse un ensemble de partis de ce type, dont l'histoire est décrite ici en trois phases. La première court des années 1960 jusqu'au milieu des années 1980. Elle est marquée par le développement quelque peu chaotique de quatre groupuscules qui se retrouvent tous dans la dénonciation de la «surpopulation étrangère». Ensuite, entre le milieu des années 1980 et le début des années 1990, d'autres partis aux accents programmatiques nouveaux émergent tout en alimentant les divisions du camp populiste. Enfin, ce n'est qu'avec la montée en puissance de la «nouvelle» UDC dès le début des années 1990 que le milieu populiste subit une transformation radicale.

Cette contribution met principalement l'accent sur les acteurs politiques parce qu'ils jouent un rôle crucial dans la mise en forme et la thématization des crises et des conflits sociaux. Ils sont analysés tant du point de vue interne (programmes, organisation, cohésion, leaders) qu'externe (système politique). On montre ainsi comment la «nouvelle» UDC est parvenue à s'imposer face aux autres groupuscules populistes: tous ont certes profité des structures d'opportunités politiques et institutionnelles du système suisse (fédéralisme, démocratie directe et système de concordance), mais la «nouvelle» UDC a su tirer avantage de sa meilleure organisation, d'une cohésion interne plus affirmée, d'une position plus favorable dans le système partisan et du comportement des autres partis à son égard.

(Traduction: Pierre-Antoine Schorderet)



Klio Buchhandlung und Antiquariat
von der Krone, Heiniger Linow & Co.

Die
Buchhandlung
für
Geschichte
von
HistorikerInnen
und
Titel
zu
den
Uni-
Veranstaltungen
und
Verkauf
antiquarischer
Bücher

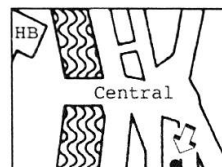
Eigene
Neuheiten
und
Fachkataloge
für
Geschichte
Zudem
An-
und
Germanistik
Belletristik

Geschichte
Philosophie
Soziologie
Politologie
Ethnologie
Dritte Welt
Belletristik

Grosses
Geschichts-
sortiment -
Neuerscheinungen
und
Titel
zu
den
Uni-
Veranstaltungen
und
Verkauf
antiquarischer
Bücher

KLIO Buchhandlung
Zähringerstr. 45
Postfach 699
CH-8025 Zürich 1

KLIO Antiquariat
Zähringerstr. 41
Postfach 699
CH-8025 Zürich 1



Tel. 01 251 42 12
Fax 01 251 86 12